

1 Antrag A4

2 Antragsteller:

3
4 **Landesvorstand**

12 **„Unternehmensnachfolge sichern – 13 Verschonungsregeln für Betriebsvermögen erhalten 14 und modernisieren“**

15
16 Die MIT NRW fordert die **Landesregierung Nordrhein-Westfalens** auf, sich im
17 Bundesrat dafür einzusetzen und fordert zugleich die CDU auf sich_dafür
18 einzusetzen, dass die steuerlichen Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen
19 im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer erhalten, modernisiert und
20 mittelstandsfreundlich weiterentwickelt werden, insbesondere im Hinblick auf
21 praxistaugliche, planungssichere und nachfolgefähige Rahmenbedingungen für
22 kleine und mittlere Unternehmen.

23
24 Ziel ist es, Unternehmensnachfolgen in NRW zu erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern
25 und Familienunternehmen vor struktureller Überlastung zu schützen.

26
27 Die MIT NRW fordert:

- 28 1. Verschonungsregelungen in §§ 13a–13c ErbStG zu erhalten
- 29 2. Bewertungssystematik KMU-gerecht anzupassen
- 30 3. Lohnsummenregelung & Nachweispflichten zu vereinfachen
- 31 4. NRW soll Einfluss im Bundesrat aktiv nutzen
- 32 5. Planungssicherheit für Familienunternehmen stärken

33 **Begründung**

34
35
36 NRW ist in besonderem Maße vom Mittelstand geprägt. Über 90% aller
37 Unternehmen sind familiengeführt oder mittelständisch organisiert. Diese Betriebe
38 sichern einen Großteil der Arbeitsplätze, stellen einen erheblichen Anteil der
39 Ausbildungsplätze und sind tragende Säulen der regionalen Wertschöpfung. In den
40 kommenden Jahren steht eine Vielzahl dieser Unternehmen vor einem
41 Generationswechsel. Das Gelingen dieser Unternehmensnachfolgen ist
42 entscheidend für die wirtschaftliche Stabilität und Zukunftsfähigkeit des Landes.

43
44 Die bestehenden Verschonungsregelungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer
45 sind ein zentrales Instrument, um Unternehmensnachfolgen ohne
46 existenzgefährdende Liquiditätsabflüsse zu ermöglichen. Sie verhindern, dass
47 Betriebe im Zuge der Übergabe gezwungen sind, Investitionen zurückzufahren,
48 Arbeitsplätze abzubauen oder Unternehmensanteile zu veräußern. Gerade für

familiengeführte Betriebe ohne Zugang zu großen Kapitalmärkten ist dies von elementarer Bedeutung.

Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass die derzeitige Ausgestaltung der Regelungen für kleine und mittlere Unternehmen zunehmend an ihre Grenzen stößt. Die steuerliche Bewertung von Unternehmen bildet die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler KMU nur unzureichend ab und führt zu Belastungen, die häufig nicht aus der laufenden Liquidität getragen werden können. Auch die Lohnsummenregelung sowie umfangreiche Nachweispflichten treffen kleinere Betriebe überproportional und schaffen Unsicherheit statt Verlässlichkeit.

Hinzu kommt, dass auch schrumpfende Betriebe durch starre steuerliche Verfahren erheblich belastet werden. Langfristige Verpflichtungen, etwa aus betrieblichen Vorsorgemodellen, können dazu führen, dass Unternehmensverkäufe oder Nachfolgelösungen praktisch nicht mehr möglich sind. Häufig bleibt dann nur der Verkauf einzelner Betriebsteile, während die ursprüngliche Gesellschaft ohne wirtschaftliche Perspektive fortbesteht. Für die bisherigen Eigentümer bedeutet dies über Jahre hinweg laufende Kosten sowie fortbestehende Haftungs-, Garantie- und Gewährleistungspflichten.

Eine mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung der Verschonungsregelungen ist daher erforderlich, um sowohl wachsende als auch sich verändernde oder verkleinernde Betriebe realitätsnah zu berücksichtigen. Ziel muss es sein, Unternehmensnachfolgen zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu sichern und wirtschaftlich sinnvolle Übergaben nicht durch unnötige Bürokratie oder starre Vorgaben zu verhindern.

Ziel der vorgeschlagenen Weiterentwicklung ist es, die bestehenden Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen im Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht so auszugestalten, dass sie unter realen unternehmerischen Bedingungen wirksam greifen und Unternehmensnachfolgen nicht durch strukturelle oder verfahrensbedingte Hemmnisse faktisch verhindert werden.

Votum der Antragskommission:

Annahme